

Palästina soll wählen

Nach der Ankündigung von Wahlen durch PA-Chef Abbas strebt Hamas breites Bündnis an. Ob eine Abstimmung tatsächlich stattfinden wird, ist jedoch offen

Von Gerrit Hoekman

Im Januar 2006 haben die Palästinenserinnen und Palästinenser in Gaza, in der Westbank und in Ostjerusalem zum letzten Mal ihr Parlament gewählt, den Palästinensischen Legislativrat (PLC). Nun soll es am 28. November endlich wieder so weit sein. Das legte Präsident Mahmud Abbas Anfang Juli per Dekret fest. Die Frage ist allerdings, ob die Wahl wirklich stattfindet. Der 90 Jahre alte Abbas hat sie schon mehrmals angekündigt und kurz vorher doch wieder abgesagt. Die radikal-islamische Hamas will an der Wahl teilnehmen, bekräftigte Politbüromitglied Husam Badran vergangene Woche Mittwoch. Vor 20 Jahren hatte die Hamas, die unter anderem in der BRD als Terrororganisation verboten ist, die absolute Mehrheit erreicht.

In einem Interview mit *Al-Aksa-TV*, dem Haussender der Hamas, sagte Badran, seine Organisation strebe für die Wahl ein möglichst breites Bündnis an. »Die Hamas hat im vergangenen Monat eine Reihe von Treffen und Kontakten mit verschiedenen palästinensischen Fraktionen und Persönlichkeiten eingeleitet, mit dem Ziel, auf der Grundlage eines konsensfähigen politischen Programms den größtmöglichen nationalen Wahlblock zu bilden«, zitierte die Nachrichtenseite *Palestinian Information Center (PIC)* aus dem Interview.

Abbas' Macht brechen

Die Parlamentswahl sei eine »historische Chance«, die politische Landschaft der Palästinenser zu verändern und »zwei Jahrzehnte einseitiger Entscheidungsfindung in nationalen Angelegenheiten zu beenden«. Der zum moderaten Flügel der Hamas gehörende Badran bekräftigte das Recht der Palästinenser, ihre Führung durch Wahlen zu bestimmen. Dieser Seitenhieb zielt auf die Tatsache, dass seit der vergangenen Wahl 2006 Präsident Mahmud Abbas und seine ihm zumeist treu ergebenden Ministerinnen und Minister am Sitz der Palästinensischen Nationalbehörde (PA) in Ramallah fast nach Belieben schalten und walten können. Die Wahl sei der beste Weg, die palästinensischen Verhältnisse neu zu ordnen, so Badran.

Nach dem überwältigenden Sieg 2006 hatten unter anderem die USA, Israel und die Europäische Union gedroht, mit einer von der Hamas geführten Regierung nicht zusammenzuarbeiten und die finanzielle Unterstützung einzustellen. In Gaza, der Hochburg der Hamas, kam es daraufhin zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Islamisten und der Fatah von Abbas, aus der letztere als Verliererin hervorging. Seitdem regiert die Hamas

in Gaza und die von der Fatah dominierte PA in dem auf dem Papier autonomen Teil der Westbank. Die Fatah vertritt Palästina damit auch außenpolitisch und verwaltet die Finanzen. Das gewählte Parlament hat 2007 seine Arbeit komplett eingestellt. 2018 löste Präsident Abbas die Volksvertretung endgültig auf.

Bei den von der Hamas im vergangenen Monat kontaktierten Organisationen handelt es sich laut der der Hamas nahestehenden Nachrichtenagentur SAFA um den Islamischen Dschihad, die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), die Demokratische Front (DFLP), die Palästinensische Nationale Initiative (PNI) von Mustafa Barghuthi sowie die Strömung für demokratische Reformen innerhalb der Fatah von Mohammed Dahlan. »Auch wenn diese Beratungen noch zu keinem formellen Bündnis oder keiner endgültigen Wahlliste geführt haben, ebnet die Beteiligung von Kräften, die innerhalb der palästinensischen Politik lange Zeit gegensätzliche Positionen vertreten haben, den Weg für eine neue Konstellation im Wahlkampf«, kommentierte der arabischsprachige Kanal des katarischen Senders *Al-Dschasira* am Mittwoch auf seiner Online-Seite die erstaunliche Entwicklung. Dahlan und Barghuthi waren bisher stabile Kritiker der Hamas.

Hohe Hürden

Mustafa Barghuthi darf übrigens nicht mit dem Fatah-Politiker Marwan Barghuthi verwechselt werden, dem wohl populärsten Politiker in Palästina. Marwan Barghuthi verbüßt seit 2004 in einem israelischen Gefängnis mehrere lebenslange Haftstrafen. Sollte er trotz Inhaftierung zur Präsidentschaftswahl antreten, die nächstes Jahr stattfinden soll, wäre er laut Umfragen der große Favorit.

Die Parlamentswahl könnte jedoch wertlos sein, wenn Abbas auf die von ihm vorgegebenen Modalitäten besteht: Nur Parteien und Einzelpersonen sollen zugelassen werden, die sich zu den Grundsätzen der PLO bekennen. Das wären: die Zustimmung zum Friedensprozess von Oslo, die Anerkennung Israels, der Verzicht auf den bewaffneten Widerstand gegen die israelische Besatzung und die Verpflichtung auf die Zweistaatenlösung. Damit dürften zum Beispiel die Hamas, der Dschihad sowie die marxistisch-leninistischen PFLP und DFLP nicht an der Wahl teilnehmen. Die Hamas ist nicht einmal Mitglied in der PLO.

Husam Badran betonte im Interview mit *Al-Kuds-TV*, dass niemand das Recht habe, Parteien für die eigene Agenda zu verpflichten, wie es Abbas versuche. Der wünscht ganz offensichtlich ein willfähriges Parlament. Medienberichten zufolge soll Abbas auch die Erhöhung der Zahl der Abgeordneten von 132 auf 200 geplant haben, wovon 68 nicht gewählt, sondern ernannt werden sollten – wahrscheinlich vom Präsidenten selbst. Damit wäre der Fatah die Mehrheit im Parlament in jedem Fall gewiss. Abbas soll diesen Plan aber inzwischen verworfen haben.

Alle - auch Ostjerusalem

Die alles entscheidende Frage ist jedoch: Kann unter den aktuellen Umständen die Wahl überhaupt stattfinden? Der letzte Versuch scheiterte 2021, weil Israel die Teilnahme der Palästinenserinnen und Palästinenser aus dem besetzten Ostjerusalem verhindert hatte. Es ist schwer vorstellbar, dass sich Israel

diesmal kooperativer verhält, da es Ostjerusalem als integralen Bestandteil seines Staatsgebietes betrachtet. Ein weiterer Hinderungsgrund ist die desolate Lage im fast völlig zerstörten Gaza. Bei der Kommunalwahl im April konnten nur 70.000 Bürger aus Deir Al-Balah wählen gehen. Lediglich 23 Prozent von ihnen gaben ihre Stimme ab.

»Eine Wahl, so zynisch sie auch inszeniert sein mag, ist der einzige interne Mechanismus, der den Palästinensern zur Verfügung steht, um einen echten Wandel herbeizuführen«, zeigte sich der Nahostexperte Omar H. Rahman, ein Mitglied der katarischen Denkfabrik Middle East Council on Global Affairs, vergangene Woche in einem Artikel für das israelisch-palästinensische Onlinemagazin *+972* überzeugt.

Hintergrund: Neue Allianz

Am Montag traf sich der im Juli neu gewählte Vorsitzende des Politbüros der Hamas, Khalil Al-Hajja, in Kairo mit Mohammad Dahlan. Es war das erste Treffen der beiden, berichtete die arabischsprachige Nachrichtenseite *Ultra Palestine*. Die Umsetzung der zweiten Phase des Waffenstillstands in Gaza stand auf der Tagesordnung. »Wir diskutierten mit großer Tiefe und Offenheit auch das Thema der palästinensischen Wahlen«, zitierte *Drop Site News* das Politbüromitglied der Hamas, Husam Badran.

Das Treffen ist insofern interessant, als Dahlan nicht nur als Kritiker der Hamas bekannt war, sondern 2007, damals noch als Mitglied der Fatah, erfolglos in Gaza den bewaffneten Aufstand gegen die Hamas geprobt hatte. Nach ihrer Niederlage mussten Dahlan und die Fatah aus Gaza abziehen. Von 1994 bis 2002 war Dahlan der Sicherheitschef der Palästinensischen Autonomiebehörde in Gaza. Seit der Zeit hat er ausgezeichnete Kontakte zur CIA und zum israelischen Inlandsgeheimdienst Shin Bet.

Der bald 65jährige ist vielen Menschen im Gazastreifen in äußerst schlechter Erinnerung geblieben. Unter anderem, weil seine persönliche Haupteinnahmequelle der Güterverkehr zwischen Israel und Gaza gewesen sein soll, bei dem er sich einen großen Teil der Gebühren in die eigene Tasche gesteckt haben soll, während die Bevölkerung hungerte.

Nach einer zweijährigen Haftstrafe im Jahr 2014 folgte zwei Jahre später eine weitere Gefängnisstrafe, weil er 16 Millionen US-Dollar veruntreut hatte. Die Haft trat Dahlan nicht an, weil er sich 2011 ins Exil nach Abu Dhabi begab. Von dort aus soll Dahlan 2020 am sogenannten Abraham-Abkommen beteiligt gewesen sein, mit dem Israel, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain ihre Beziehungen normalisieren.

Es scheint so, als habe mit Al-Hajja ein gewisser Pragmatismus Einzug in die Führungsebene der Hamas gehalten. Zum einen kann Dahlan als Kanal nach Israel benutzt werden, zum anderen zählt die altbekannte Weisheit: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Dahlan und die Hamas vereint immerhin das Ziel, Mahmud Abbas und die Fatah in Ramallah vom Thron zu stoßen.

Professor Kobi Michale vom Institute for National Security Studies in Tel Aviv schloss in der rechtslastigen Tageszeitung *Jerusalem Post* nicht aus, dass die

Hamas plane, »unter dem Banner einer neu gegründeten Partei anzutreten (...). Diese neue Partei wird die Bedingungen von Abu Mazen (Präsident der Palästinensischen Nationalbehörde Mahmud Abbas, *jW*) akzeptieren, während die Hamas weiterhin erklären kann, dass sie nicht von ihren Prinzipien und ihrer Ideologie des Widerstands abgerückt ist.« Er glaube jedenfalls nicht, dass die Hamas als Hamas an der Wahl teilnehmen werde.(gh)

<https://www.jungewelt.de/artikel/528338.unter-besatzung-palästina-soll-wählen.html>